

Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Oktober 2015

TOP 1

Die Fraktionen von CDU und SPD bringen einen Antrag in den Landtag ein, durch den die Landesregierung aufgefordert werden soll, die kommunale Überprüfung der Hochwasservorsorge durch Modellprojekte zu unterstützen. Über die geplanten und eingeleiteten Maßnahmen soll im IV. Quartal 2015 in den Ausschüssen berichtet werden. Ziel der lokalen Hochwasserschutz-Revision könnte beispielsweise die Erarbeitung eines Leitfadens sein, der für die Bewohner hochwassergefährdeter Flächen im Falle eines Versagens der Hochwasserschutzanlagen wichtige Hinweise und Handlungsempfehlungen gibt.

TOP 2

Der fortschreitende Verlust der Artenvielfalt verursache laut der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ökologische Probleme und habe negative ökonomische sowie gesellschaftliche Auswirkungen. Um dem entgegenzutreten, fordern die Grünen von der Landesregierung unter anderem, den Aktionsplan zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt zu überarbeiten. Dabei soll es zu einer präzisen Definition der Ziele und zur Darstellung der notwendigen Aufgaben zur Erreichung dieser Ziele kommen. Darüber hinaus soll die landwirtschaftliche Förderung auf ihren Nutzen für den Naturschutz hin geprüft und perspektivisch an naturschutzfachliche Kriterien gebunden werden.

TOP 3

Sollte der Ausbau der Stromtrassen nicht schneller und weiter voranschreiten, fürchten die Fraktionen von CDU und SPD eine weitere Erhöhung der Netzentgelte. Dies gefährde ostdeutsche Unternehmen im Standortwettbewerb und Tausende heimische Arbeitsplätze, so der Wortlaut eines Antrags der Koalition. Durch einen gemeinsamen Beschluss soll sich die Landesregierung für die bundesweite Angleichung der Netzentgelte auf Übertragungsnetzebene einsetzen.

TOP 4

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE verursacht der derzeitige Welthandel soziale und ökologische Probleme und Konflikte. Durch die geplanten Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP seien aber die drängenden Probleme wie Armut, Flucht und Krieg nicht zu bekämpfen. Der Landtag soll sich gegen diese Freihandelsabkommen aussprechen, da sie die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie faire und nachhaltige Beschaffung im Land behinderten, so die Linken. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, die Ratifizierung von CETA und TTIP im Bundesrat abzulehnen.

TOP 5a+b

(a) Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hält am Freitagmorgen, 16. Oktober, eine Regierungserklärung zum Thema „25 Jahre Sachsen-Anhalt: Unser Land auf gutem Weg“.

(b) Im Anschluss an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten haben die Vertreter der Fraktionen die Möglichkeit, zu den Aussagen Haseloffs Stellung zu beziehen und eigene Erkenntnisse einzubringen.

TOP 6

Die Landesregierung legte im Juli 2015 den Entwurf zum Nachtragshaushaltsgesetz 2015/2016 vor und stellte damit einen neuen aktualisierten Einnahmen- und Ausgabenplan auf. Der Ausschuss für Finanzen hat nun eine Beschlussempfehlung mit einigen Änderungen vorgelegt. Unter anderem soll den Landkreisen und kreisfreien Städten durch die „Kostenerstattung nach dem Aufnahmegesetz im Jahr 2015“ für zugewiesene Personen eine Pauschale in Höhe von 2 150 Euro je Person und Quartal erstattet werden. Die Linken bringen dazu noch einen Änderungsantrag ein.

TOP 7

Die Fraktionen von CDU und SPD brachten im April 2015 einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, durch den das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt geändert werden soll. Ziel des Gesetzes sind eine moderne Gefahrenabwehr sowie die entsprechenden Erfordernisse in der polizeilichen Praxis. Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt nun, den Gesetzentwurf mit wenigen Änderungen anzunehmen.

TOP 8

Im September 2015 brachten die Fraktionen von CDU und SPD einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, durch den das aktuelle Landesvergabegesetz geändert werden soll. Der Einsatz des genannten Gesetzes wird aufgrund eines neuen Paragraphen so verändert, dass es „in Fällen mit besonderen Bedingungen“ nicht zum Einsatz kommen kann. Der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfes.

TOP 9

Das überarbeitete „Hundegesetz“ soll in Kraft treten, so sieht es zumindest der Ausschuss für Inneres und Sport in seiner Beschlussempfehlung vor. Die Fraktionen von CDU und SPD hatten einen ersten Entwurf im September 2015 vorgelegt. Demnach wird zwar an der kritisierten „Rasseliste“ festgehalten, darüber hinaus soll aber stärker von Hund zu Hund differenziert werden.

TOP 10

Die Landesregierung legte im Juni 2014 den Entwurf eines Landesorganisationsgesetzes vor. Es regelt den allgemeinen Aufbau der öffentlichen Verwaltung und ihre räumliche Gliederung. Ein Bestandteil des Gesetzes ist eine allgemeine Verordnungsermächtigung, die es der Landesregierung ermöglichen soll, neue durch den Bund oder die EU geschaffene Aufgaben umgehend einer Landesbehörde zuweisen zu können, ohne dass zuvor eigens ein Landesgesetz geschaffen werden muss. Der Ausschuss für Inneres und Sport spricht sich für die Annahme des veränderten Gesetzentwurfes aus.

TOP 11

Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD brachten im September 2015 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die „Stiftung Umwelt, Natur- und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt“ ein. Damit soll die Stiftung zukünftig stärker in Aufgaben des Landes einbezogen werden. Der Ausschuss für Umwelt empfiehlt in seiner Beschlussfassung die Annahme des Gesetzentwurfes in unveränderter Form.

TOP 12

Die Fraktion DIE LINKE weist auf einen Antrag des Freistaats Bayern im Bundesrat hin, in dem die Einschränkung des Streikrechts im Bereich der Daseinsvorsorge gefordert wird. Eine zügige Ablehnung durch den Bundesrat wäre laut Linke ein wichtiges politisches Signal im

Hinblick auf die Zukunft des Streikrechts und der Tarifautonomie in Deutschland. Die Landesregierung soll den bayerischen Antrag im Bundesrat ablehnen.

TOP 13

Mit dem Gesetz sollen die Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen – beispielsweise im Tierarzneimittelwesen und der Verarbeitung und Beseitigung tierischer Nebenprodukte – neu geregelt werden, verbunden mit der Regelung des Mehrbelastungsausgleichs. Verschiedene Aufgaben, früher angesiedelt beim Landesverwaltungsamt, sollen auf die Veterinärbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte übertragen werden. Den Schwerpunkt bildet die Zuständigkeit für die Überwachung der tierärztlichen Hausapotheken, die aufgrund der Ortsnähe wirtschaftlich durch die Kommunen erfüllt werden kann.

TOP 14

Aufgrund der Finanzmarktkrise wurden in den letzten Jahren zahlreiche europarechtliche Regulierungsmaßnahmen im Bereich des Finanzmarktes durchgeführt. Das Sparkassengesetz des Landes muss daher an diesen veränderten Rechtsrahmen angepasst werden. Die Landesregierung bringt einen entsprechenden Gesetzentwurf ein. Die Normbezüge und Verweise werden nunmehr flexibel formuliert, um die Einhaltung des sich ständig ändernden bundes- und europarechtlichen Regelungsrahmens gewährleisten zu können.

TOP 15

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung soll das Landeswaldgesetz von 1994 grundlegend überarbeitet werden. Anpassungsbedarf besteht durch die Änderung des Bundeswaldgesetzes im Jahr 2010. Die Änderungen betreffen unter anderem die Anlage von Agroforstsystemen, die Präzisierung der Verkehrssicherungspflicht und die Kompetenzen für Forstwirtschaftliche Vereinigungen. Darüber hinaus soll das Feld- und Forstordnungsgesetz in das Landeswaldgesetz integriert werden, um Überschneidungen und unklare Zuständigkeitsverhältnisse zu beseitigen.

TOP 16

Erneut kommt es zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrags. Diesmal geht es um die Klarstellung, dass in bundesweit verbreiteten Programmen des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks regionenspezifische Werbung nur zulässig ist, soweit das jeweilige Landesrecht dies gestattet. Auf bisheriger Rechtsgrundlage ist diese Form der Werbung noch generell gestattet.

TOP 17

Zur Abstimmung kommt ein Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom Juni 2012. Seinerzeit forderten die Grünen, die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern zu reformieren, die Gesamtausbildungsdauer zu verkürzen und den Zugang für Quereinsteiger/innen zu verbessern. Der Ausschuss für Bildung und Kultur ruft zur Annahme des während der Beratungen geänderten Antrags auf.

TOP 18

Für die Haltung von Mastputen gelten derzeit die Vorschriften des Tierschutzgesetzes sowie die allgemeinen Vorschriften der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Vorschriften speziell für die Mastputenhaltung existieren nicht. So könnten die tierschutzrechtlichen Anforderungen bei deren Haltung jedoch nicht ausreichend gewährleistet werden, so BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Deshalb soll die Landesregierung aufgefordert werden, einem Bundesratsantrag des Landes Nordrhein-Westfalen zuzustimmen, der die Änderung der

Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung zur Festlegung von spezifischen Mindestanforderungen an die Haltung von Mastputen vorsieht.

TOP 19

Die Diskussion um die gleichgeschlechtliche Ehe erreichte im Juli 2015 den Landtag von Sachsen-Anhalt. Mit ihrem Antrag „Ehe für alle“ setzte sich die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen und einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundesrat zu unterstützen. Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag, den vorgenannten Antrag für erledigt zu erklären, da zu dem Gesetzentwurf im Bundesrat bereits der Einbringungsbeschluss gefasst worden sei.

TOP 20

Mit ihrem Antrag verfolgte die Fraktion DIE LINKE im Juli 2011 das Ziel, Grundsätze und Eckpunkte für einen zukunftsfähigen Strafvollzug in Sachsen-Anhalt auf der Grundlage eines modernen Strafvollzugsgesetzes aufzuzeigen. Durch die Beratung des Gesetzes zur Weiterentwicklung des Justizvollzuges in Sachsen-Anhalt seien diese Anliegen berücksichtigt worden, sodass der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt, ihn für erledigt zu erklären.

TOP 21

Im November 2013 und Oktober 2014 drängte sie Fraktion DIE LINKE darauf, die interkommunale Funktionalreform auf den Weg zu bringen und nicht länger zu verzögern. Nun hat der Ausschuss für Inneres und Sport unter dem Titel „Interkommunale Funktionalreform voranbringen“ das einstimmige Ergebnis der Beratungen vorgelegt und ruft zur Zustimmung auf. Demnach bekennt sich der Landtag zum Grundsatz der Subsidiarität und zu einer interkommunalen Funktionalreform, um die kommunale Leistungsfähigkeit zu steigern.

TOP 22

Im Juni 2014 sollte auf Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein „kleinräumlicher Sozialatlas“ für Sachsen-Anhalt entwickelt werden, um eine angemessene Steuerung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Schulentwicklungsplanung zu gewährleisten. Da der Intention des Antrags zum überwiegenden Teil bereits entsprochen worden sei, empfiehlt der Ausschuss für Arbeit und Soziales einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

TOP 23

Die Rechte behinderter Eltern waren im November 2014 Thema eines Antrags der Fraktion DIE LINKE. Der Antrag sah vor, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel einzuleiten, Elternassistenz und begleitete Elternschaft als Teilhabeanspruch in das künftige Teilhabegesetz beziehungsweise das SGB IX aufzunehmen. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt dem Landtag mit 8:5:0 Stimmen, den Antrag abzulehnen.

TOP 24

Die freigewordenen Mittel aus dem Betreuungsgeld sollten zur Senkung der Elternbeiträge und zur Steigerung der Kita-Qualität genutzt werden, zeigte sich die Fraktion DIE LINKE im September 2015 überzeugt. Die finanziellen Mittel sollten auf die Bundesländer aufgeteilt und zur Verbesserung im Kita-Bereich genutzt werden. Diesem Anliegen ist der Ausschuss für Arbeit und Soziales einstimmig gefolgt.

TOP 25

Die Fraktion DIE LINKE sprach sich im April 2015 in einem Antrag dafür aus, die am 18. März 2015 am Rande der Cebit als „Bildungspaket für Sachsen-Anhalt“ getroffene Vereinbarung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und Microsoft Deutschland aufzukündigen. Die Linken sahen es als notwendig an, vor Abschluss einer solchen Vereinbarung zunächst alle relevanten Träger im Land zu konsultieren. Der Ausschuss für Finanzen folgte diesem Ansinnen nicht, sondern kehrte ihn mit 7:3:1 Stimmen in eine „Ausgestaltung der Bildungspartnerschaft mit Microsoft“ um.

TOP 26

Die Enquete-Kommission „Öffentliche Verwaltung konsequent voranbringen – bürgernah und zukunftsfähig gestalten“ hat nach mehreren Jahren ihre Arbeit beendet. Deren Vorsitzende Angela Gorr wird die Ergebnisse aus den Beratungen und Anhörungen in komprimierter Form vorstellen. Die Fraktionen können danach eigene Standpunkte abgeben.

TOP 27

Die Fraktion DIE LINKE sieht es als geboten an, im Hochschulgesetz des Landes militärische Forschung auszuschließen und eine Zivilklausel aufzunehmen. „Die Hochschulen verfolgen in Forschung, Lehre und Studium ausschließlich friedliche Zwecke. Die den Hochschulen vom Land und von Dritten zur Verfügung gestellten Mittel sollen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die diesen Zwecken dienen.“, heißt es im Gesetzentwurf der Linken. Die ethische Debatte über Forschungsgegenstände und -ergebnisse sei weiterzuführen, zu intensivieren und die Öffentlichkeit daran zu beteiligen.

TOP 28 (a+b)

Die Fraktionen von CDU und DIE LINKE bringen jeweils einen Vorschlag für die Entsendung einer gesellschaftlich bedeutsamen Organisation in den MDR-Rundfunkrat in den Landtag ein. Die CDU schlägt den Caritasverband für das Bistum Magdeburg e. V. vor, die Linken sprechen sich für den Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. aus. Die Amtszeit des bestehenden Rundfunkrats endet am 7. Dezember 2015.

TOP 29a+b

(a) Öffentliche, drahtlose lokale Netzwerke (WLAN) sind nach Ansicht der Fraktionen von CDU und SPD für die Internetgrundversorgung entscheidend. Neben kommerziellen Anbietern nehme die bürgerschaftliche Freifunkbewegung eine wichtige Rolle bei der Förderung der Bildung und Kultur ein. Daher soll diese durch einen Antrag der Koalition weiter unterstützt werden.

(b) Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken, die Bedingungen für einen diskriminierungsfreien Zugang zum WLAN zu schaffen, der auf Verschlüsselung verzichtet und Anbieter davon entbindet, personenbezogene Daten zu erfassen. Betreiber, die einen freien WLAN-Zugang anbieten, müssen dies ohne haftungsrechtliche Risiken tun können, so die Linken.

TOP 30

Die Schädigung von Waldflächen durch Wetterereignisse oder Schädlinge im Wald hat in den vergangenen Jahren in Sachsen-Anhalt zugenommen. Daher soll die Landesregierung auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD über das Vorkommen, das Gefährdungspotenzial und die Schwerpunkte der Schädigungen im Wald der vergangenen Jahre sowie die bisherigen und geplanten Initiativen berichten. Darüber hinaus sollen die privaten Waldbesitzer bei ihren Bemühungen der präventiven Vorsorge sowie der Schadensminderung unterstützen werden.

TOP 31

Im kommenden Jahr veranstaltet die deutsche Zentrale für Tourismus ein Themenjahr unter dem Motto „Faszination Natururlaub in Deutschland“. Anhand einer weltweiten Imagekampagne wird dabei versucht, vor allem Natururlauber für das Reiseland Deutschland zu gewinnen. Darüber hinaus wird zum ersten Mal in der Geschichte der Deutsche Naturschutztag stattfinden. Daher soll die Landesregierung sich auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD intensiv mit Möglichkeiten der Imageförderung im Allgemeinen und flankierend zur Themenkampagne 2016 des Bundes auseinandersetzen.

TOP 32

Nach Ansicht der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN existiert in den Gymnasien Sachsen-Anhalts kaum eine systematische Berufs- und Studienorientierung. Daher sollte die Landesregierung im März 2014 aufgefordert werden, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und in den Bildungseinrichtungen verbindlich zu verankern. Diesem Ansinnen folgt der Ausschuss für Bildung und Kultur in seiner Beschlussempfehlung.

TOP 33

Es existiert zwar ein Fonds für ehemalige Heimkinder in der DDR, dieser umfasst aber nicht die Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in Psychiatrien untergebracht waren. Die Landesregierung soll sich für die Schaffung eines entsprechenden zweiten Fonds einsetzen und zudem eine wissenschaftliche Studie über das System der Behindertenheime und Psychiatrien in der ehemaligen DDR und den dortigen Umgang mit Kindern und Jugendlichen in Auftrag geben.

TOP 34

Gebietsfremde Arten (Tiere, Pflanzen, Pilze, Mikroorganismen) an neuen Standorten sind nicht immer ein Grund zur Besorgnis, sie können aber doch mitunter invasiv werden und nachteilige Folgen für die Biodiversität haben. Daher soll die Landesregierung nach Ansinnen der Fraktionen von CDU und SPD ein nach den rechtlichen und fachlichen Vorgaben des Bundes sowie dem Gefahrenpotenzial und den unterschiedlich betroffenen Schutzgütern ausgerichtetes landesspezifisches Konzept zum Umgang mit invasiven Arten in Sachsen-Anhalt bis 2018 erarbeiten.

TOP 35

Laut eines gemeinsamen Antrags aller vier Fraktionen des Landtags ist die Rechnung des Landesrechnungshofes mit der Haushaltsrechnung durch das Ministerium für Finanzen vorzulegen. Der Landtag benennt auf Vorschlag des Präsidenten des Landesrechnungshofes zwei Mitarbeiter, die die Jahresrechnungen 2011, 2012 sowie 2013 des Landesrechnungshofes vorbereitend prüfen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist dem Finanzausschuss des Landtags mitzuteilen. Die Rechnungen sollen dann von Vertretern aller Fraktionen überprüft werden.

TOP 36

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Oktober die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/in der Landesregierung zu wenden.

TOP 37

Im vereinfachten Verfahren werden zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE behandelt. Die beiden Anträge „Zukunft der Hochschulmedizin in Sachsen-Anhalt sichern“ und „Chancengleichheit in Rechtsstreitigkeiten gewährleisten“ sollen auf Basis der

(einstimmigen) Beschlussempfehlungen der Ausschüsse ohne Debatte als erledigt erklärt werden.

TOP 38

Die Fraktion DIE LINKE hat eine Aktuelle Debatte beantragt, in der die Kürzungen im Hochschulwesen diskutiert werden sollen. Da die mit den Kürzungen verbundenen Einschränkungen in der Ausbildungskapazität und der derzeitige Zustand in der Unterrichtsversorgung in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert würden, hielten die Linken eine öffentliche Positionierung der im Landtag vertretenen Fraktionen dazu für geboten.